

Vertrauen ist der Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie

**Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck fordert die Stärkung
„demokratischer Sittlichkeit“**

Ein Interview

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

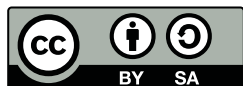
Umschlagfoto: © iStock by Getty images/Kieferpix

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-671-7

Vorwort

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen stellen unsere Gesellschaft vor neue wirtschaftliche, ökologische und soziale Herausforderungen. Derzeit beraten Mediziner, Ökonomen, Psychologen und Juristen, wie diese gemeistert werden können. Auch wenn die Folgen des Lockdowns derzeit noch nicht absehbar sind, so werden in den kommenden Monaten neue gesellschaftliche und soziale Fragen virulent. Auch die Kirchen sind in diesen Fragen ein Diskurspartner.

Besonders mit Blick auf das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat, von wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Gerechtigkeit und die Fragen der Generationen- und Bildungsgerechtigkeit werden die Gesellschaft und die Politik vor große Aufgaben gestellt. Bischof Overbeck zeigt im nachfolgenden Interview eindrücklich auf, dass das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden der Grundpfeiler einer liberalen Demokratie ist.

Vertrauen bildet die Voraussetzung für ein solidarisches und friedliches Miteinander. Für die Zukunft braucht die Demokratie die Einhaltung ungeschriebener Voraussetzungen in Form einer „demokratischen Sittlichkeit“.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Patricia Ehret

Kirchen und Religionsgemeinschaften
Hauptabteilung Analyse und Beratung

Nach einer ersten Phase epidemiologischer Wissensvermittlung und unter dem Eindruck der bisher erfolgreichen Eindämmung des Virus in Deutschland verlagert sich der öffentliche Diskurs nun immer mehr zu den fundamentalen Fragen der Grundrechte und -werte. Die Achtung der Menschenwürde scheint in der aktuellen Debatte in Konkurrenz zu stehen zum Recht auf ein unversehrtes Leben. Wie lassen sich diese beiden Grundrechte in einer solchen Situation in Ihren Augen übereinbringen?

Overbeck: Der Schutz menschlichen Lebens ist natürlich von fundamentaler Bedeutung. Denn nur wer lebt, ist überhaupt in der Lage, andere Rechte, Güter und Freiheiten zu genießen. Die zu Beginn der Pandemie getroffenen strengen Maßnahmen waren richtig und haben Leben gerettet. Klar ist aber auch, dass die Gesellschaft keinen monatelangen oder gar jahrelangen Lockdown bis zur Entwicklung eines Impfstoffes übersteht. Bereits nach wenigen Wochen sehen wir erhebliche soziale und volkswirtschaftliche Kosten. Nicht nur das Coronavirus, sondern auch die Eindämmungsmaßnahmen berühren das Gemeinwohl empfindlich. Ich

Das Coronavirus und die Eindämmungsmaßnahmen berühren das Gemeinwohl empfindlich

denke nicht, dass das Recht auf ein unversehrtes Leben in den Augen derjenigen zweitrangig ist, die diese komplizierten Zusammenhänge redlich mitbedenken. Einseitige Zuspitzungen helfen uns dabei nicht weiter. Wir müssen lernen, Mehrdeutigkeit auszuhalten, denn es wird keine einfachen und unstrittigen Wege aus der Krise geben.

Die Menschen in Deutschland agieren in großer Mehrheit ausgesprochen diszipliniert und zeigen beeindruckend kreatives und verantwortungsvolles zivilgesellschaftliches Engagement. Wie könnte Ihrer Meinung nach das Verhältnis von Zivilgesellschaft und staatlicher Politik in Hinblick auf die kommenden Wochen und Monaten gestaltet werden?

Overbeck: Der Sinn und das Bewusstsein für die aktuell besonders geforderte Solidarität untereinander sind bei vielen Menschen sehr groß und die Maßnahmen zur Pandemieeindämmung gelingen nicht ohne ihre aktive Mitwirkung. Damit dies so bleibt, müssen zwei zusam-

menhängende Voraussetzungen weiterhin gegeben sein, nämlich innere Zustimmung und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Bürgern und den politisch Handelnden. Dieses Vertrauen ist der Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie und prägt auch wesentlich das Verhältnis von Zivilgesellschaft und staatlicher Politik.

Es findet Ausdruck im Subsidiaritätsprinzip mit seinem Hilfestellungsgebot und Kompetenzanmaßungsverbot. Konkret heißt dies, dass die Pandemiebekämpfung nicht in allen Punkten top-down organisiert wird, sondern man die Menschen und Institutionen vor Ort mit den nötigen Ressourcen und Freiheiten ausstattet, damit sie in eigener Verantwortung Aufgaben bewältigen können. Zivilgesellschaftliche Unterstützungsangebote lassen sich am besten von Verantwortlichen koordinieren, die mit den regionalen Gegebenheiten vertraut sind. Vertrauen in die verantwortete Freiheit jedes Einzelnen – das entspricht auch der christlichen Vorstellung vom Menschen als Person.

Ein zentrales Element der Sozialen Marktwirtschaft, das Gleichgewicht von wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Gerechtigkeit, gerät mit der Dauer der Eindämmungsmaßnahmen zunehmend unter Druck. Welche Rolle könnte eine Stärkung ordnungspolitischer Elemente spielen, um Deutschland für zukünftige Krisen resilienter zu machen?

Overbeck: Eine kluge Stärkung ordnungspolitischer Elemente ist in meinen Augen zugleich eine Stärkung institutionalisierter Solidarität. Unternehmen und Betriebe müssen behördlich angeordnete Eindämmungsmaßnahmen solidarisch mittragen, auch wenn sie ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen. Die Gesellschaft steht in der solidarischen Pflicht, sie mit den daraus resultierenden Lasten nicht alleine zu lassen, weder die Unternehmen noch deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deutschland verfügt zwar über eine ganze Reihe

Neue Wege der Solidarität in europäischer Verbundenheit

von finanz-, wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Instrumenten, um diese jetzt geforderte Solidarität institutionell wirksam werden zu lassen. Weil wir es mit einer ganz neuartigen Form der Krise zu tun haben, ist allerdings

nicht absehbar, ob die bestehenden Möglichkeiten ausreichen werden. Deshalb sollten wir uns in der Tat frühzeitig damit auseinandersetzen, dass gegebenenfalls auch neue Wege der Solidarität beschritten werden müssen. Wenn wir darüber diskutieren, welche Wege das sein können,

Globalisierung eröffnet nicht unendliche Freiheit

muss das auch in europäischer Verbundenheit geschehen. Die Globalisierung eröffnet nicht unendliche Freiheit, sondern führt auch in neue Formen von Begrenzung. Die Pandemie zeigt, wie vulnerabel die global eng verzahnte Wirtschaft ist. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen

wird sich auch der Blick darauf verändern, was man eigentlich unter stabilen Rahmenbedingungen verstehen kann.

Die Kleinsten und Schwächsten in Wirtschaft und Gesellschaft, beispielsweise Solo-Selbständige, Kleinunternehmer ebenso wie Einkommensschwache, werden überproportional von den mittel- und langfristigen ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Pandemie betroffen sein. Wie könnte ein solidarischer und gerechter Ausgleich für diese Menschen aussehen?

Overbeck: Zu den unmittelbaren Folgen gehört, dass im März und April bei der Bundesagentur für Arbeit für über zehn Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anzeigen zur Kurzarbeit eingegangen sind. Kurzarbeit soll in Krisenzeiten Entlassungen vorbeugen. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit bis April im Vorjahresvergleich bereits um über 400.000 Menschen gestiegen. Das verdeutlicht, wie dramatisch die Lage ist. Künstler, Restaurantbetreiber und Kleinunternehmer tragen dazu bei, dass wir lebenswerte und innovative Städte haben, gemeinsam mit Freunden ausgehen können und kulturelle Veranstaltungen erleben dürfen – diese Strukturen sind nicht bloß „nice to have“, sondern integrale Bestandteile des Gemeinwohls.

Wir sollten uns einmal klar machen, was es für unsere Vorstellung von einem guten Leben bedeuten würde, auf all das langfristig verzichten zu müssen. Gerade viele Einkommensschwache haben eine höhere Ansteckungsgefahr, da sie häufig in exponierten Berufen arbeiten. Vielfach haben sie durch ihre berufliche Tätigkeit die Gesellschaft im Lockdown am Laufen gehalten. Wir müssen diese beiden Wirklichkeiten im Blick behal-

Solidarität ist mehr eine soziologische Kategorie als eine Frage der Individualmoral

ten, wenn es um die Frage geht, wie ein solidarischer und gerechter Ausgleich aussehen kann. Solidarität ist mehr eine soziologische Kategorie als eine Frage der Individualmoral. Für Mitglieder einer modernen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft ist sie eine „soziale Tatsache“. Da Menschen sich nur in Gemeinschaft mit anderen verwirklichen können, haben sie auch eine gegenseitige Verpflichtung zu Kooperation und Unterstützung.

Auch die ohnehin brüchig gewordene Generationengerechtigkeit ist in der Pandemie erheblich herausgefordert. Welche Bausteine gehören in Ihren Augen zu einem zukunftsfähigen Generationenvertrag und wie ließe sich ein solidarisches und friedliches Miteinander der Generationen gestalten?

Overbeck: Allen dürfte klar sein, dass es Hilfe und Unterstützung für die von der Krise wirtschaftlich Getroffenen, nicht zum Nulltarif geben wird. Vielmehr resultieren daraus finanzielle Lasten, die wiederum solidarisch und gerecht auf alle Schultern verteilt werden müssen. Der Frage der gerechten Verteilung zwischen den Generationen kommt dabei gerade

Hilfe und Unterstützung nicht zum Nulltarif

in Zeiten des demographischen Wandels in der Tat eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere viele junge Familien werden wahrscheinlich unsere Unterstützung brauchen, damit sie nicht zu den langfristigen Verlierern zählen. Das ist auch mit vielen neuen Gerechtigkeitsfragen verbunden, denn die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen nach Corona dürfen nicht dazu führen, dass junge Familien zwischen Existenzangst und Arbeitsbelastung zerrieben werden.

Wenn ich sehe, wie junge Leute älteren Menschen im Alltag helfen, indem sie z. B. die Einkäufe für sie erledigen oder alternative Wege eröffnen, miteinander in Kontakt zu treten, um Verbundenheit auszudrücken, stimmt mich das sehr hoffnungsvoll. So etwas hilft den Menschen in den verschiedenen Generationen dabei, beieinander zu bleiben. Auf diese Art miteinander verbunden, ließe sich auch die Frage nach der Generatio-

Klimaziele dürfen nicht relativiert werden nengerechtigkeit neu und in gegenseitiger Wertschätzung miteinander diskutieren. Jetzt wäre es fatal zu vergessen, dass ökonomische, soziale und ökologische Fragen zusammengehören.

Klimaziele dürfen auf keinen Fall relativiert werden, nur um kurzfristig wieder Wachstum zu erzeugen. Das wäre ein unsolidarischer Wohlstand, erkaufte auf Kosten der jungen Generation.

Ähnliches gilt für die Bildungsgerechtigkeit. Wie in der Wirtschaft haben auch hier die Schwächsten, nämlich Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und sozial prekären Elternhäusern, am stärksten unter den Schulschließungen zu leiden. Wo könnte man ansetzen, um auch in diesem Bereich der Gesellschaft ein Mehr an Solidarität und Gerechtigkeit zu erreichen?

Overbeck: Der ökonomische und soziale Hintergrund entscheidet mit darüber, wie stark Schulschließungen in den einzelnen Familien katalysiert werden können, weshalb sich die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft gerade dramatisch verschärft. Auch die zeitlich begrenzte Schließung zivilgesellschaftlich und kirchlich organisierter Unterstützungssysteme trifft die sozial schwächsten Familien in

Soziale Ungleichheit verschärft sich dramatisch

unserer Gesellschaft am härtesten. Schon allein die Quadratmeterzahl an Wohnraum und die technische Ausstattung, die Familien zur Verfügung stehen, machen die unterschiedlichen

Ausgangsvoraussetzungen deutlich. Der Soziologe Stefan Sell spricht in diesem Zusammenhang von einer „Hierarchie der Not“.

Neben Akutmaßnahmen, wie z. B. der technischen Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler, brauchen wir vor allem nachhaltige Instrumente, um den Corona-Shutdown zu kompensieren. Dazu gehört auch, die Lebenskontext-Leistung der Schülerinnen und Schüler mit zu berücksichtigen. Es ist etwas anderes, wenn ein Kind ohne privates Unterstützungssystem aus einer bildungsfernen Familie seinen Schulabschluss macht, als wenn dies einem Kind aus einem Akademikerhaushalt gelingt. Wir sollten deshalb dringend weg von einer leistungsorientierten Mittelverteilung, die als Leistungskriterium nur die Note sieht. Um die Bildungslücke zu schließen,

müssen Ressourcen jetzt verstärkt in Schulen fließen, an denen die Schülerinnen und Schüler wenig private Fördermöglichkeiten haben.

Schon vor der Krise wurde lebhaft über die Vor- und Nachteile des Arbeitens im Homeoffice diskutiert. Gerade vor dem Hintergrund der jetzt gemachten Erfahrungen: welche Chancen und Gefahren sehen Sie in diesem Kontext?

Overbeck: Aufgrund der digitalen Möglichkeiten lässt sich in der Tat vieles gut über Videokonferenzen und andere Kommunikationstechnologien regeln. Die Forderung nicht weniger Menschen nach dem Ende einer Präsenzkultur im Büro findet gerade insofern eine Bestätigung, weil das auch recht gut gelingt. Dennoch bin ich sehr zurückhaltend, jetzt alles auf diese Karte zu setzen. Homeoffice darf unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit zum Beispiel nicht zu einer Retraditionalisierung führen, frei nach dem Motto: Homeoffice, Kinderbetreuung und Hausarbeit, das kriegen die Frauen schon alles gleichzeitig hin. Außerhäusliche Arbeit hat für Frauen und Männer eine nicht zu unterschätzende Funktion, denn sie dient auch der Unterbrechung von familiärer Interdependenz und schafft wichtige Sozialkontakte.

Der europäische und der deutsche Ethikrat legen Grundsatzpapiere vor, Philosophen und Wissenschaftler führen eine intensive öffentliche Debatte über die ethischen Fragestellungen und Auswirkungen der Krise. Verpasst die Kirche gerade eine große Chance, als relevanter und kompetenter Diskursteilnehmer mehr öffentliches Gehör zu finden?

Overbeck: Nein, das denke ich nicht. Natürlich sollte die Kirche darauf achten, dass sie sich nicht zu viel mit sich selbst beschäftigt und Perspektiven anbietet, die auch darüber hinaus von Interesse sind. Sie muss dafür vor allem ihr Selbstverständnis als Beteiligte im gesellschaftspolitischen Diskurs deutlich machen. Wer sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft versteht, darf in Wahrheits- und Geltungsfragen keine Sonderrechte beanspruchen. Unter diesen Voraussetzungen nehme ich aber schon war, dass sich z. B. Theologen, Bischöfe und Sozialethiker qualitativ gehaltvoll in

die öffentliche Debatte einbringen und dort auch Gehör finden. Darüber hinaus gibt es ja auch noch die kleineren Diskursräume vor Ort, in denen die Kirche präsent bleibt und mit Abstand nahe bei den Menschen ist.

Viele Maßnahmen und Verhaltensregeln werden unser gesellschaftliches Leben und soziales Miteinander voraussichtlich noch für eine lange Zeit verändern bzw. beeinträchtigen. Welchen Beitrag kann die Kirche leisten, um ein solidarisches und friedliches Miteinander in der Gesellschaft zu bewahren?

Overbeck: Bei der Frage zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und staatlicher Politik habe ich gesagt, dass Vertrauen in meinen Augen der Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie ist. Vertrauen bildet auch die Voraussetzung für ein solidarisches und friedliches Miteinander. Bei den sogenannten HygienesDemonstrationen finden sich unter anderen auch Gegner unserer demokratischen Grundordnung, die unter dem Vorwand des Schutzes von Grundrechten gerade versuchen, dieses Vertrauen der Menschen zu erschüttern.

Auch einige wenige Vertreter der katholischen Kirche wollen kruden Verschwörungstheorien einen christlich-religiösen Anstrich verleihen, um sie so für Katholiken anschlussfähig zu machen. Dem muss entschieden widersprochen werden. Als Kirche können und wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, Vertrauen in die Demokratie zu stärken. In dem gleichnamigen gemeinsamen Wort „Vertrauen in die Demokratie stärken“, das im letzten Jahr vom Rat der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht worden ist, wird dies sehr deutlich. Demokratie lebt von geschriebenen und von ungeschriebenen Voraussetzungen, ohne deren Einhaltung sie langfristig nicht existieren kann.

Es braucht auch die Einhaltung ungeschriebener Voraussetzungen der Demokratie in Form einer „demokratischen Sittlichkeit“. Dazu gehören Fairness, Respekt gegenüber dem politischen Gegner, Mut zur Kontroverse, Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung. Als Kirche wollen wir mit unseren Mitteln diese „demokratische Sittlichkeit“ stärken.

Die Fragen stellte Patricia Ehret

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck



© Nicole Cronauge,
Bistum Essen

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck ist in Marl geboren und seit 2009 Bischof von Essen. Im Volksmund wird er auch „Ruhrbischof“ genannt. 2007 wurde der promovierte Theologe von Papst Benedikt XVI. zum Weihbischof ernannt und übernahm 2009 als vierter Bischof von Essen die Leitung des Ruhrbistums. Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck ist zudem Vorsitzender der Bischöflichen Kommission Adveniat sowie der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen in der Deutschen Bischofskonferenz. Er ist Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und Delegierter der deutschen Bischöfe in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE).

„Wenn Sie mir heute bescheinigten, ich wäre noch derselbe wie vor zehn Jahren, dann empfinde ich das als Niederlage.“ Dieser Satz, den Franz-Josef Overbeck Ende 2019 formuliert hat, bringt zum Ausdruck, was er im Hinblick auf das Bischofsamt als wesentliche Eigenschaften begreift: Die Fähigkeit, Menschen zuzuhören und ihr individuelles Lebenszeugnis zu würdigen sowie den Mut, sich vernunftgeleitet und lernbereit von einem guten Argument überzeugen zu lassen. Bald nachdem der heute 55-Jährige 2009 die Leitung des Ruhrbistums übernahm, begannen sich neue gesellschaftliche und kirchliche Herausforderungen abzuzeichnen. Bischof Overbeck ignorierte diese nicht, sondern stellte sich ihnen gemeinsam mit den Menschen im Ruhrgebiet. Dementsprechend führt er das Bistum transparent und dialogorientiert. Er steht für eine kirchliche Kultur der Freiheit, in der Kritik, Zweifel und Infragestellung nicht abgewehrt, sondern nach Möglichkeit wertschätzend aufgenommen, redlich durchdacht und auf ihr positives Veränderungspotential für Kirche und Gesellschaft hin befragt werden.

